Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 203. Sonnabend den 21. Juli 1888. 82. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 22. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach der Bestimmung in §. 44 unter g der Revidirten Städteordnung sind diejenigen Bürger, welche mit Abentrichtung von Staats- und Gemeindeabgaben länger als zwei Jahre ganz oder theilweise im Rückstande geblieben sind, von der Stimmberechtigung bei den **Stadtverordnetenwahlen** ausgeschlossen.

Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung, sowie aus Anlaß der in nächster Zeit vorzunehmenden Aufstellung der **Stadtverordneten-Wahlliste** für die diesjährige Ergänzungswahl in das Stadtverordneten-Collegium fordern wir alle Diejenigen, welche von der obenerwähnten Bestimmung betroffen werden, hierdurch auf, ihre Staats- und Gemeindeabgaben, bezw. ihre diesfälligen Rückstände rechtzeitig zu bezahlen.

Leipzig, am 18. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
W. R. 5. Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung.

Nachdem der Vieh- und Schlachthofsordnung und der Gebührenordnung für den Vieh- und Schlachthof und die Fleischbeschau eingeführten frischen Fleisches annoch die Ortsstatute über die Einführung des Schlachtzwanges und die Errichtung einer Freibank, sowie die hauptsächlichsten auf die Sache bezüglichen Bekanntmachungen hinzugefügt worden sind, bringen wir dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Exemplare dieser Zusammenstellung in unserer Sportelcasse I und an der Casse des Vieh- und Schlachthofes zum Preise von 50 ₰ pro Stück käuflich entnommen werden können.

Leipzig, den 18. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Deutschel.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 23. d. M., an soll in den Hauptschleusen der Moritz-, Rudolph- und Zimmerstraße, sowie des Alten Amtshofs durch den Kammerjäger Herrn Fritzsche in Eutritzsch Gift zur Vertilgung der Ratten aufgestellt werden. Indem wir dies zur Kenntniß der dortigen Grundstücksbesitzer bez. Verwalter bringen, fordern wir dieselben auf, in ihren Gebäuden und Höfen gleichzeitig für Beseitigung sich dort aufhaltender Ratten besorgt zu sein.

Leipzig, den 19. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3070. Dr. Georgi. Dr. Kruppendorff.

In unserer Verwahrung befindet sich ein braungestrichener Holzkasten, mehrere Kleidungsstücke, eine Maurerkelle und 2 Maurerhammer enthaltend, welcher am 9. vorigen Monats von einem Unbekannten in einem Hause der Nordstraße niedergestellt und nicht wieder abgeholt worden ist.

In dem Kasten befand sich auch ein auf den Namen Friedrich Wendt aus Nachmitz lautender Arbeitsschein d. d. Belgern, den 25. April 1888, ohne daß es bisher gelungen ist, den Obengenannten ausfindig zu machen.

Wir fordern den Eigenthümer des Kastens nebst Inhalt auf, seine Rechte bei uns geltend zu machen und sodann sein Eigenthum in Empfang zu nehmen.

Leipzig, den 17. Juli 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
1779 Ia. Junck, Pol.-Rath. H.

Erstatteter Anzeige zufolge hat Wilhelmine Ernestine Claus aus Gerichshain ihr unterm 31. December 1878 — Nr. 4 — vom Gemeindevorstand Wolfshain ausgestelltes Dienstbuch verloren.

Wir bitten, dasselbe im Fundbüreau an uns abzuliefern.

Leipzig, den 17. Juli 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
I. 3915. J. V.: Junck, Pol.-Rath. Sgmstr.

Bekanntmachung.

Vom 23. bis mit 28. Juli und **vom 30. Juli bis 4. August** findet auf der Flußbrücke zwischen den **Schießhäusern der Burgaue gerichtsmäßiges Abtheilungsschießen** durch das 107. bez. 106. Regiment statt. Das zwischen den Schießhäusern und dem Weg Lößnitzhain-Ziegelei-Böhlitz liegende Gelände wird während der Dauer des Schießens durch Sicherheitsposten abgesperrt sein.

Leipzig, am 20. Juli 1888.

Königl. Garnison-Commando.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Kaiserbegegnung.

Kaiser Wilhelm ist, nachdem er vom Kaiser Alexander auf der kleinen Rhede von Kronstadt begrüßt worden, am 19. Juli Nachmittags gemeinschaftlich mit dem russischen Kaiser auf der Yacht „Alexandria" nach Peterhof gefahren und dort unter dem Donner der Salutschüsse der Kronstädter Geschütze und unter den Klängen der deutschen Nationalhymne und des Präsentirmarsches, von der Kaiserin und einem glänzenden militärischen Gefolge empfangen, gelandet. Die fünftägige Meeresfahrt des deutschen Kaisers umgiebt den Besuch am russischen Kaiserhofe mit dem Schimmer eines historischen Ereignisses, der Besuch tritt dadurch aus der Sphäre des Alltäglichen heraus und macht schon durch die ganze Form der Veranstaltung einen tiefen Eindruck auf die gesammte Welt. Unbekümmert um die Verkehrswege, welche die Neuzeit geschaffen hat und deren Hauptzweck die Schnelligkeit der Bewegung ist, um Zeit zu gewinnen und Entfernungen abzukürzen, hat Kaiser Wilhelm den Seeweg gewählt, um schon dadurch und durch die Entfaltung einer Achtung gebietenden Seemacht die große Bedeutung der Begegnung auch äußerlich in das rechte Licht zu setzen. Es ist in der That von hoher Wichtigkeit, daß Kaiser Wilhelm alsbald nach seinem Regierungsantritt vor dem ganzen Erdenrund in feierlicher Weise kund thun will, welchen Werth das herzliche Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland für den europäischen Frieden hat.

Der Entschluß, diese Fahrt zu unternehmen, ist ohne Anregung von russischer Seite aus dem eigenen Antriebe Kaiser Wilhelm's hervorgegangen, aber nicht, wie die „Nowoje Wremja" meint, weil Deutschland an guten Beziehungen zu Rußland das größere Interesse hat, sondern aus dem hochherzigen Beweggrunde, Europa die Segnungen des Friedens zu erhalten. Es braucht kaum daran erinnert zu werden, daß Kaiser Wilhelm auch triftige persönliche Gründe hatte, seinen kaiserlichen Vetter aufzusuchen. Kaiser Alexander hat nicht nur am 18. November v. Js. dem Berliner Kaiserhofe einen Besuch abgestattet, sondern er hat auch den Thronfolger zu den Leichenfeierlichkeiten für den verewigten Kaiser Wilhelm I. nach Berlin gesandt. Daß solche Aufmerksamkeiten nicht unerwidert bleiben können, ist für Jeden ohne Weiteres selbstverständlich. Aber der Besuch Kaiser Wilhelm's reicht an Bedeutung weit über diese rein persönlichen Rücksichten hinaus, und weil die Kaiserbegegnung zugleich die beiden Großmächte Deutschland und Rußland in Mitleidenschaft zieht, deshalb ist die glänzende und eindrucksvolle Form, in welcher sich die Begegnung vollzieht, kein unwesentliches Beiwerk, sondern ein sehr bemerkenswerther Bestandtheil derselben.

Die Russen sind geschickte Diplomaten, und diese Eigenschaft zeigt sich auch in der Haltung der russischen Presse, welche stets bemüht ist, Rußlands Macht bei allen auswärtigen Actionen im Brillantfeuer strahlen zu lassen. Es ist auf Rechnung dieser Eigenschaft zu setzen, daß einflußreiche Organe, wie die „Moskauer Zeitung" und die „Nowoje Wremja", wetteifern in dem Streben, Rußland als die von Deutschland umworbene Macht erscheinen zu lassen, als die Macht, welche zu geben vermag, aber nichts von Deutschland empfangen könnte, worauf sie nicht ein wohl verbriestes Recht hätte. In diesem Sinne hat die „Moskauer Zeitung" Frankreich zu verstehen gegeben, daß es im entscheidenden Augenblick trotz der Kaiserbegegnung auf Rußland zählen könne, deshalb hat die „Nowoje Wremja" erklärt, daß Deutschland mehr an Rußlands Freundschaft gelegen sei als umgekehrt, und demzufolge nimmt die „Moskauer Zeitung" zu der Unwahrheit ihre Zuflucht, daß deutscherseits das Verbot der Beleihung russischer Werthe aufgehoben sei, um Rußland zu versöhnen. Gerade in diesem historisch wichtigen Augenblick war es nothwendig, den Gegensatz zwischen der russischen Regierung und einer hochmüthigen liebedienerischen „panslawistischen" Presse scharf zu betonen, und dieser Nothwendigkeit hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in dankenswerther Weise entsprochen, indem sie, ohne Rücksicht auf die Ereignisse, welche sich in diesen Tagen in Peterhof, in St. Petersburg und anderen russischen Orten vollziehen, die ganze Erbärmlichkeit, welche sich in den genannten Leistungen der russischen Presse ausspricht, vor aller Welt aufdeckt und zum Bewußtsein bringt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fertigt die „Moskauer Zeitung", welche die Wagschale zu Gunsten Rußlands lenken möchte, mit den wohlgezielten Worten ab: „Die Ueberzeugung, daß auch siegreiche Kriege für die Völker, welche sie führen, an sich kein Aequivalent für die Wohlthaten des Friedens bilden, leitet auch die Politik des jetzt regierenden Kaisers Wilhelm und bewegen ihn, seinem befreundeten Nachbarn in St. Petersburg den Antrittsbesuch zu machen, ohne der russischen Politik gegenüber irgend welche Wünsche und Forderungen damit unterstützen zu wollen. Wir wüßten nichts, was Rußland uns gewähren könnte, was wir nicht hätten, und uns sind keine, wie die „Moskauer Zeitung" sagt, streng legale und zweifellos gerechte Forderungen Rußlands bekannt, denen Deutschland nicht jederzeit entsprochen hätte, ungeachtet der Großsprechereien einiger russischer Zeitungen."

Bei Durchlesung dieser Erwiderung wird man unwillkürlich an Das erinnert, was Fürst Bismarck am 6. Februar im deutschen Reichstage über den Gegensatz der panslawistischen Presse zu der Politik des russischen Kaisers und seiner Regierung gesagt hat. Dieser Presse glaubt Fürst Bismarck nicht, dagegen mißt er den damit im Widerspruch stehenden Worten und Gesinnungen des russischen Kaisers unbedingten Glauben bei. Die deutsche Politik ist Rußland wie allen anderen Großmächten gegenüber stets dieselbe geblieben, sie hat die Verträge geachtet und den Interessen des Friedens gedient. Das that sie heute noch, und deshalb kann von keinem Umschwunge der deutschen Politik die Rede sein, von welchem die „Moskauer Zeitung" fabelt. Mit so verschlagenen Diplomaten, wie die Russen sind, ist schwer, ein beiderseits befriedigendes Verhältniß herzustellen; sie suchen stets den Sachverhalt zu ihren Gunsten auszulegen, handgreifliche Thatsachen auf den Kopf zu stellen; um so nothwendiger ist es, den rechten Augenblick, wo die Wahrheit für Jedermann deutlich erkennbar offen liegt, nicht verstreichen zu lassen, um diese Wahrheit nachdrücklich zu betonen und den Winkelzügen der russischen „panslawistischen" Presse gegenüber zu stellen.

Es fehlt nicht an Interessentenkreisen, welche die von der russischen Presse in Moskau und St. Petersburg gegebenen Stichworte begierig erfassen und daraus die ihnen passenden falschen Schlüsse ziehen, um so nöthiger ist es, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist, und die russischen Preßumtriebe in flagranti zu ertappen und abzustrafen. Der Zweck des Besuches Kaiser Wilhelm's in Rußland läßt sich trotz aller Bemühungen eines Theiles der russischen Presse nicht dahin verkehren, als ob Deutschland auf Kosten seiner Verbündeten um die Gunst Rußlands buhlte. In Wien und in Rom ist man vom Anfang an, als die erste Nachricht von der Begegnung auftauchte, bis zu ihrer Verwirklichung überzeugt gewesen, daß Deutschland an der Politik festhalten werde, welche durch die Bündnißverträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien besiegelt ist. Diese Bündnisse enthalten nichts Feindseliges gegen Rußland, und wenn Rußland den Friedenszweck der Bündnisse anerkennt und demgemäß handelt, so beugt es sich nur der Wucht unzweifelhafter Thatsachen.

* * *

* Die vorstehend erwähnte Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über das Gebahren der „Moskauer Zeitung" Deutschland gegenüber hat folgenden Wortlaut:

Die „Moskauer Zeitung" behauptet in einem längeren Artikel, dessen großmäulige Fanfaronaden uns im Uebrigen gleichgiltig lassen, in der deutschen Politik habe eine wesentliche Aenderung stattgefunden, die, abgesehen von dem Kaiserbesuche, schon aus der Aufhebung des Verbots, russische Fonds zu beleihen, hervorgehe. Diese Aufhebung hat nicht stattgefunden, und die „Moskauer Zeitung" befindet sich in einem Irrthum, von dem wir dahingestellt sein lassen, ob er ein freiwilliger ist oder nicht. Wenn eine Aenderung stattgefunden hat, so ist das geschehen in der Haltung der „Moskauer Zeitung", die heute anstatt der Fiction, als ob Deutschland Händel suche und Krieg wolle, die andere Erfindung setzt, als ob Deutschland erst jetzt und plötzlich zu einer friedlichen Politik sich entschlossen hätte. — Die deutsche Politik hat sich durch die herausfordernde und revolutionäre russische Presse — revolutionär nicht nur für Deutschland, sondern auch für Rußland — niemals in ihrer festen, seit mehr als zwanzig Jahren befolgten Friedenspolitik irre machen lassen. Sie ist durch den französischen Angriff von 1870 einmal genöthigt gewesen, diese Friedenspolitik zu verlassen, ohne durch die erfolgreiche Abwehr des französischen Ueberfalls an dem Satze irre zu werden, daß auch siegreiche Kriege für die Völker, welche sie führen, an sich kein Aequivalent für die Wohlthaten des Friedens bilden. Diese Ueberzeugungen leiten auch die Politik des jetzt regierenden Kaisers Wilhelm und bewegen Ihn, Seinem befreundeten Nachbarn in Petersburg den Antrittsbesuch zu machen, ohne der russischen Politik gegenüber irgendwelche Wünsche und Forderungen damit unterstützen zu wollen. Wir wüßten Nichts, was Rußland uns gewähren könnte und was wir nicht hätten, und uns sind keine, wie die „Moskauer Zeitung" sagt, „streng legalen und zweifellos gerechten" Forderungen Rußlands bekannt, denen Deutschland nicht jeder Zeit entsprochen hätte, ungeachtet der unverschämten Großsprechereien einiger russischer Zeitungen.

Leipzig, 21. Juli.

* Wenn auch der **Bundesrath** seine Plenarsitzungen auf längere Zeit eingestellt hat, so setzen die Ausschüsse desselben, wenigstens theilweise, ihre Berathungen noch fort; die Sitzungen derselben werden voraussichtlich bis in die nächste Woche hinein dauern. Es handelt sich dabei lediglich um die Berathung sogenannter Zollsachen, d. h. namentlich um Fragen, die den Zollanschluß von Hamburg und Bremen betreffen. Nach einer Pause von ungefähr zwei Monaten werden die Ausschüsse dann in der zweiten Hälfte des September noch vor dem Wiederbeginn der Plenarsitzungen ihre Thätigkeit wieder aufnehmen. Obwohl der Bundesrath sich im Juli regelmäßig stillschweigend vertagt und im Herbst seine Sitzungen ohne äußerliche Feier wieder beginnt, so liegt doch ein ganz bestimmtes Zeichen dafür vor, daß im Herbst eine neue Session ihren Anfang nimmt; jedes Mal beim Beginn der Sitzungen in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres findet nämlich die Neubildung der Ausschüsse statt, wobei oft die einzelnen Bundesstaaten ihre bezüglichen Vertreter wechseln.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur **preußischen Wahlbewegung**:

Von conservativer und klerikaler Seite wird jetzt mit besonderem Eifer der Versuch gemacht, die **Handwerkerbewegung** wieder anzufachen, und zwar mit directer Beziehung auf die bevorstehenden **preußischen Landtagswahlen**. Ein ultramontaner Flugblattertag in Trier hat neulich die Parole ausgegeben, nur keine Nationalliberalen zu wählen, denn diese seien die schlimmsten Feinde des Handwerks; in Hannover führt sich der Versuch der Aufstellung von conservativ-welfischen Candidaten vorzugsweise auf die gewerkliche Bewegung. Mit den Fragen der Gewerbeordnung hat bekanntlich der preußische Landtag gar nichts zu thun, und es ist bezeichnend für den Mangel an brauchbarem Agitationsstoff bei den Conservativen und dem Centrum, daß sie ganz fernliegende Gegenstände heranziehen müssen. Mit den Anliegen der inneren preußischen Politik, namentlich auf dem Gebiete der Kirche und Schule, sind freilich für die Conservativen nirgends Erfolge zu erzielen. Darum schüren sie lieber die in manchen Handwerkerkreisen vorhandene Unzufriedenheit und beuten sie zu ihren Parteizwecken aus, so wenig auch, wie sie sich selbst bewußt sein müssen, die Gesetzgebung, zumal im Landtag, aber auch im Reichstag, im Stande ist, der durch die Umwandlung in allen unseren wirthschaftlichen und technischen Verhältnissen hervorgerufenen üblen Lage mancher Handwerker abzuhelfen. Auch im Reichstag sind die beiden Parteien, die sich als die einzigen Freunde des kleinen Gewerbestandes aufzuspielen lieben, nicht über ganz unwirksame, von vornherein lediglich auf die Agitation berechnete Anträge hinausgekommen, über Belästigungsnachweisanträge und kleinliche Beschränkungen der Freiheit des Erwerbs, deren Unausführbarkeit aber Rathlosigkeit auch ehrlichen Schwärmern für die Wiederherstellung der Zünfte einleuchten müßte. Wenn man nicht wieder zu den Productionsmethoden einer längst vergangenen Zeit, da man noch keine Dampfkraft hatte, zurückkehren will und kann, so kann man auch die Arbeitsbedingungen und genossenschaftlichen Formen, die unter den weit kleineren und einfacheren Verhältnissen der Vergangenheit geschaffen waren und nöthig gewesen sein mochten, nicht wieder herstellen. Daran würden auch Centrum und Conservative scheitern, selbst wenn sie noch Herzenskraft gewerkpolitische Reaction treiben dürften. In seiner Mehrheit ist denn auch der Handwerkerstand zu einsichtig, um nicht zu erkennen, daß diese Agitation kein anderes Ziel hat, als ihn für Wahl- und Parteizwecke auszunutzen.

* Bei der **Kaiserbegegnung in Peterhof** ist den Franzosen recht unbehaglich zu Muthe, und diese Unbehaglichkeit des Nichtwissens hat der Findigkeit der französischen Zeitungsschreiber so kräftig die Sporen eingesetzt, daß sie nicht geruht haben, bis der Schleier gelüftet war. Ein Berichterstatter des „Matin" enthüllt der staunenden Welt das Geheimniß: die Kaiserreise hat keinen anderen Zweck als den, Frankreich zur Abrüstung zu zwingen. Frankreich, so wird der deutsche Kaiser dem Zaren auseinandersetzen, ist der Herd der Revolution und mit seinen Revanscheplänen eine stetige Bedrohung des europäischen Friedens; um Europa Ruhe zu verschaffen, bleibt deshalb nur das Mittel, die Republik zur Entwaffnung zu zwingen, nur die Colonialtruppen und die Gendarmerie für den Dienst im Innern soll ihr zu halten auch künftighin gestattet sein. Auch die übrigen Mächte verpflichten sich dann, abzurüsten, ein Plan, der vom Fürsten Bismarck noch besonders schlau ersonnen ist, weil er damit zugleich seinem Haß gegen England genug thun kann. Rußland ist nämlich nach dem Wortlaut des Vertrages nur gehalten, sein europäisches Heer zu entlassen, in Asien und an der indischen Grenze dagegen bleibt ihm freie Hand. Sobald die Zustimmung des Zaren gewonnen ist, wird Herbert Bismarck mit diesem Machtwort in der Tasche nach Paris reisen und der französischen Regierung zur Beantwortung des Ultimatums zehn Tage Zeit lassen. So der „Matin" und ähnlich „Figaro" und „Débats". Die deutsche Diplomatie wird für diese Winke, in denen sich das böse Gewissen mit erstaunlicher Selbsterkenntniß verräth, recht dankbar sein.

* Der **englisch-russische Wettbewerb** um die **culturelle Erschließung Persiens** wird zwar ausschließlich auf dem Wege und mit den Waffen des Friedens, aber deshalb nicht minder intensiv geführt, als es dem Werthe des umworbenen Gegenstandes entsprechend ist. Als sicherstes Mittel, Persien den Segnungen der modernen Cultur zugänglich zu machen, sind beiderseits die Eisenbahnen erkannt worden. Während aber Rußland, welches schon jetzt Persien landeinwärts auf eine ungeheure Grenzstrecke mit seinen mittelasiatischen Gebietserwerbungen umklammert, seine wirthschaftliche Operationsbasis so zu sagen unmittelbar zur Hand hat, ist England durch weite Oceane von Persien geschieden und es scheint noch keineswegs ausgemacht, daß der britische Unternehmungsgeist die aus diesem Umstande für den englischen Mitbewerb sich ergebenden natürlichen Nachtheile durch noch so energische Anspannung aller Kräfte werde ausgleichen können. Das russische Augenmerk ist, abgesehen von den Bahnbauprojecten des Generals Annenkow nach Mesched, auf eine directe Bahnverbindung der Hauptstadt Teheran mit dem Kaspisee — Rescht — gerichtet. Will England seine Hand in der Entwicklung des persischen Eisenbahnnetzes der Zukunft behalten, so würde ihm zunächst die Herstellung einer Linie von Teheran nach Buschir am persischen Meerbusen obliegen. An und für sich würden sich für diesen Bahnbau in England wohl leistungsfähige Interessenten finden lassen, denn England betreibt nach Persien einen ausgedehnten Handel, der von den russischen Concurrenten, die schon jetzt ihren Absatz nach Persien schnell und erfolgreich vergrößern, noch ganz anders bedrängt werden dürfte, wenn erst die directe Verbindung Teherans mit dem Kaspisee und weiter mit Baku hergestellt sein wird. — Allein hier fangen auch die englischen Bedenken an. Vom Kaspisee nach Teheran sind nur 200 (englische) Meilen, vom persischen Golf bis eben dahin aber 800, bei erheblich gesteigerten Geländeschwierigkeiten. Eine englische Linie Buschir-Teheran würde immer nur vorwiegend örtliche Bedeutung haben, während die Linie Teheran-Rescht internationalen Werth besitzt, da sie Teheran über kurz oder lang in directe Verbindung nicht nur mit dem russischen, sondern dem europäischen Bahnnetz überhaupt bringen muß. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Russen mit ihrem Bau — von welchem die russisch-belgischen Unternehmer soeben einen ersten zehnmeiligen Abschnitt bei Teheran fertig gestellt haben — weit früher zu Stande kommen als die Engländer, und selbst nach Vollendung der Linie Teheran-Buschir dürfte die ganze Verkehrsstraße eher dazu dienen, dem russischen Handel den Weg zum persischen Golf zu erleichtern, als umgekehrt dem englischen die Inlandsgebiete näher zu bringen, es sei denn, daß der englische Handelsbetrieb nach Persien mit ganz anderem, frischerem Leben und Wagemuth sich erfüllt zeige, als er innerhalb des letzten Jahrzehnts bethätigt hat. Das ist wenigstens die Meinung der englischen Sachverständigen selbst und sie lassen nicht undeutlich durchblicken, daß sie zu einer Aenderung der englischen Handelsgewohnheiten nur geringes Vertrauen hegen. In den Kreisen des russischen Exportgeschäfts denkt man ähnlich und bietet deshalb Alles auf, um in Persien möglichst viele wirthschaftliche Thatsachen zu schaffen, ehe die englische Concurrenz mit ihren Entschließungen im Reinen sein kann.

* Briefliche Nachrichten aus Korea bestätigen die schon anderweitig bekannt gewordene Thatsache, daß der König von Korea mit unserem Landsmann Herrn v. Möllendorff Verhandlungen angeknüpft hat, welche den Wiedereintritt dieses um Korea verdienten Staatsmannes bezweckten. Bekanntlich wurde Herr v. Möllendorff vor nunmehr drei Jahren von einem Amerikaner aus der einflußreichen Stellung des Vicepräsidenten am Hofe zu Korea verdrängt. Die betreffenden brieflichen Nachrichten reichen vier Wochen zurück, und es ist immerhin auffallend, daß inzwischen noch keine telegraphische Meldung über den inzwischen erfolgten Abschluß der Mitte Juni angeknüpften Verhandlungen eingegangen ist.

Aus Oesterreich.

* Die Reise Kaiser Wilhelm's nach Rußland wird in der slawischen Presse Oesterreichs bisher mit Zurückhaltung erörtert, doch in einzelnen Organen, auch in den leitenden mitunter, vermag man eine Art von schadenfroher Befriedigung über die Reise herauszulesen, als sei durch sie immerhin eine Möglichkeit gegeben, daß das deutsch-österreichische Bündniß in der Zukunft gelockert werden könnte. Doch, wie schon betont, tritt diese Ansicht nicht allzulaut und nur vereinzelt auf, hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Im Großen und Ganzen warnt ein richtiger politischer Instinct und wohl auch die Fühlung, die sie in russischen Kreisen haben, die Nord- und Südslawen Oesterreichs vor einer irrthümlichen Auffassung der Reise Kaiser Wilhelm's nach Rußland. — Da auch in einigen deutschliberalen Blättern Wiens wie begreiflicherweise auch in einigen magyarischen Blättern leise Verstimmungen sich äußerten, so kann diesen einzelnen Stimmen die energische Abwehr in der gesammten deutschen Provinzpresse Oesterreichs entgegengehalten werden als Zeichen, wie unerschütterlich fest das deutsch-österreichische Bündniß im Gedankenleben Deutschösterreichs wurzelt. Zu sehr vertraut man den Worten der deutschen Thronrede, als daß man nur eine leise Beunruhigung über die Möglichkeit, die Kraft des deutsch-österreichischen Bündnisses zu verringern, empfände.

Im innerpolitischen Deutschösterreich ist man inzwischen weiter bemüht, der neuen Bewegung, die eine Einigung der deutschen Volksvertreter im Reichsrath anstrebt, zum Siege zu verhelfen. So national vorgeschrittene Männer, wie der seinerzeit des Hochverraths angeklagte Eduard Stroche in Warnsdorf, sind genöthigt, der Verwilderung und Entartung im nationalen Leben Deutschösterreichs entgegenzutreten, zumal jenen chauvinistischen Stürmern, welche die Jugend Deutschösterreichs zu fesseln drohen und unter dem Schlagworte des Antisemitismus einerseits die Zersetzung in alle nationalen Vereinigungen tragen, anderseits unter dem Schlagworte Großdeutschland verhängnißvolle Vorstellungen nähren und einen Theil der Deutschen Oesterreichs zunächst seiner hauptsächlichen Pflicht entfremden, im engeren Kreise des österreichischen Vaterlandes die weiteren Culturzwecke der deutschen Gesammtheit zu fördern. Ueberall, in den deutschen Schulvereinen, in dem Turnverein und anderen Organisationen ist der Keil des Zwiespalts getrieben; im Gesellschaftsleben der großen Städte breitet dieser nationale Uebermuth, der gegen sich selbst rast, seine unheimliche Wirkung aus; in Wien, in Graz, in Brünn, ja selbst in Prag, wo die deutsche Minderheit schon durch die größte und nächste Gefahr zu ausschließlicher Einigkeit gezwungen werden sollte, sprengt er oder verfacht er die Einheit zu sprengen. In diesen Kreisen feiert man mit Vorliebe gerade jetzt das Fest des Eintritts der Deutschen in die Geschichte vor 2000 Jahren und kann sich doch nicht entschließen, aus dieser 2000jährigen Geschichte der Germanen die Lehre zu ziehen, wie die Deutschen immer zu Zeiten ihrer Zerfahrenheit zu politischer Ohnmacht

SLUB
Wir führen Wissen.